







**Offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Kreisausschusses und des Kreistages**


**Berichtszeitraum 01.01. bis 31.12.2012  
sowie Fortschreibung der offenen Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge aus Vorjahren**

Datum der Sitzung	TOP / Betreff	Beschluss / Auftrag	Stand der Ausführung mit kurzer Begründung	
<b>offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge aus 2012</b>				
Kreisausschuss 22.03.2012	Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand - Auswirkungen des Urteils des Bundesfinanzhofes vom 10.11.2011 auf den Kreis Mettmann hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 21.02.2012	Die Anfrage wurde – soweit möglich – jedoch allgemein gehalten beantwortet. KA Wedel bat um konkrete Beantwortung der Anfrage, sobald dies möglich ist. Herr Richter sagte dies zu und hoffte, bereits in der Sitzung des Kreisausschusses im 2. Quartal 2012 über den aktuellen Sachstand berichten zu können.	In der Sitzung des Kreisausschusses vom 18.06.2012 wurde darüber informiert, dass nach einer Stellungnahme des Bundesfinanzministeriums die Entscheidung des Bundesfinanzhofes über den entschiedenen Einzelfall hinaus keine Anwendung findet. Langfristig ist davon auszugehen, dass die Umsatzsteuerpflicht für bestimmte Bereiche des Verwaltungshandels bejaht werden wird. Es wurde zugesichert, den Kreisausschuss zu informieren, sobald neue Erkenntnisse vorliegen. In der Sitzung des Kreisausschusses vom 27.09.2012 wurde auf ein gemeinsames Argumentations- und Positionspapier von Städtetag, Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund verwiesen. Darin werden steuerliche Mehraufwendungen für kommunale Haushalte in NRW in Höhe von ca. 200 Mio. € prognostiziert. Seitens der Kommunen wird eine steuerliche Neutralität bei allen Formen öffentlich-rechtlicher Zusammenarbeit gefordert. Im November 2012 hat die Finanzministerkonferenz eine länderoffene Arbeitsgruppe auf Staatssekretärebene eingesetzt, die nach einer nachhaltigen Lösung der Problemstellung suchen soll. Es wird voraussichtlich eine Übergangsfrist bis zum Jahr 2017 oder 2023 geben, in der die Kommunen die bisherige Verwaltungspraxis anwenden können. Derzeit wird auch über mögliche Umsatzsteuer-Refund-Systeme diskutiert, um die Kommunen zu entlasten. Der Kreisausschuss wird kontinuierlich unterrichtet.	


Datum der Sitzung	TOP / Betreff	Beschluss / Auftrag	Stand der Ausführung mit kurzer Begründung	
<b>offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge aus 2012</b>				
Kreisausschuss 03.12.2012	Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Ermittlung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft und Heizung gem. § 22 SGB II und § 29 SGB XII mittels eines schlüssigen Konzeptes	Der Landrat wurde beauftragt, in der Sitzung des Sozialausschusses am 21.02.2013 die allgemein gültige Arbeitsanweisung zur Berechnung der im Rahmen des SGB II und SGB XII zu bewilligenden Kosten der Unterkunft und Heizung vorzustellen.	Die Darstellung der Arbeitsanweisung ist in der Sitzung des Sozialausschusses am 21.02.2013 erfolgt.	
Kreisausschuss 10.12.2012		Der an die Kreistagsfraktionen gerichtete Antrag der AWO auf Anpassung der Zuschüsse für die Förderung der Seniorenbegegnungsstätten soll im Sozialausschuss beraten werden. Zur Beratung soll dem Fachausschuss ein Konzept vorgelegt werden.	Der Antrag wurde in der Sitzung des Sozialausschusses am 21.02.2013 thematisiert.  Nach ausführlicher Diskussion wurde mehrheitlich empfohlen, die Verwaltung zu beauftragen, die auf das erfolgsabhängige Punktesystem entfallenen Zuschüsse für die Seniorenbegegnungsstätten bis einschließlich zum Jahr 2017 um 157.343 € zu erhöhen.  Die endgültige Beschlussfassung erfolgt in der Sitzung des Kreisausschusses am 18.03.2013 (TOP 10).	


Datum der Sitzung	TOP / Betreff	Beschluss / Auftrag	Stand der Ausführung mit kurzer Begründung	
<b>offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge aus 2012</b>				
Kreisausschuss 10.12.2012	Haushalt 2013	<p>Der Kreis soll sich auf Bitten der Stadt Ratingen an der Entwurfsplanung zur Weiterentwicklung des Freizeitraumes "Blauer See" auf der Basis einer vorliegenden Machbarkeitsstudie beteiligen. Die entsprechenden Mittel in Höhe von 40.000 € wurden gesperrt.</p> <p>Die Verwaltung soll darstellen, wie die Bezirksregierung Düsseldorf als Regionalplanungsbehörde die landesplanerische Anfrage gem. § 34 Landesplanungsgesetz zum Vorhaben "Freizeitzentrum Blauer See" Ratingen beantwortet hat. Außerdem soll die schriftliche Antwort der Regionalplanungsbehörde zur Verfügung gestellt werden. Es soll dargestellt werden, welche zeichnerischen und textlichen Ziele und Grundsätze der Landes- und Regionalplanung für den betreffenden Bereich bestehen. Ausgeführt werden soll zudem, inwieweit durch die beabsichtigte Ausweisung eines Freizeit- und Erholungsschwerpunktes "Blauer See" die Grundzüge der Landes- und Regionalplanung betroffen sind.</p> <p>Die Ergebnisse sollen im Ausschuss für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung diskutiert werden.</p>	<p>Zur näheren Erläuterung der Gründe für die Notwendigkeit der Entwurfsplanung und einer Beteiligung des Kreises wird auf die entsprechende Vorlage zur Sitzung des Kreisausschusses am 18.03.2013 verwiesen (TOP 8).</p> <p>Der Ausschuss für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung hat dem Kreisausschuss die Entsperrung der Mittel mehrheitlich empfohlen.</p>	



Datum der Sitzung	TOP / Betreff	Beschluss / Auftrag	Stand der Ausführung mit kurzer Begründung	
<b>offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge aus 2012</b>				
Kreisausschuss 10.12.2012	Haushalt 2013 (Antrag der Fraktion UWG-ME)	Die Verwaltung wurde beauftragt, zum jeweiligen Zuständigkeitsbereich der Fachausschüsse einen Zeitplan für die Fortentwicklung der kennzahlengestützten Zielsysteme vorzulegen.	Derzeit wird angestrebt in Zusammenarbeit zwischen dem Strategischen Controlling und dem Schulamt eine Konzeption zu erarbeiten. Hierbei soll das Strategische Ziel „Nachhaltige und attraktive Bildungsangebote sowie Unterstützung von jungen Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf“ operationalisiert werden, um so nachhaltig Steuerungspotenziale offen zu legen. Das Amt für Schulen und Kultur fungiert als Pilotamt. Weitere strategische Ziele sollen im Anschluss operationalisiert werden.	
Kreistag 17.12.2012	Künftige Ausgestaltung der Aufgaben der Wirtschaftsförderung des Kreises Mettmann hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.12.2012	<u>Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:</u> Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung werden auf die Schwerpunkte „Moderation“ und „Dienstleistung für die ka. Städte und deren Bürgerinnen und Bürger“ reduziert. In Zusammenarbeit mit den Städten wird ein entsprechendes Aufgabenspektrum entwickelt und der Stellenplan diesem angepasst.  Der Antrag wurde ohne Beschlussempfehlung in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Tourismus verwiesen.	Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Tourismus am 21.02.2013 beraten und dort mehrheitlich abgelehnt.	

Datum der Sitzung	TOP / Betreff	Beschluss / Auftrag	Stand der Ausführung mit kurzer Begründung	
<b>offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge aus 2012</b>				
Kreistag 17.12.2012	Ausbau der Landesstraße 239 hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2012 hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.12.2012	<u>Antrag der CDU-Fraktion:</u> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, die Teilstrecke des dritten Abschnitts von der Autobahnbrücke A 3 (Ende der Ausbaustrecke) bis In den Weiden auf der Grundlage des bestehenden Planungsrechts auszubauen und die dafür erforderlichen Mittel bereitzustellen.</li> <li>2. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, für die Teilstrecke der Landstraße 239 im dritten Abschnitt von In den Weiden bis zur Anschlussstelle an der A 44 ein neues Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Der Ausbau soll entlang der bisherigen Trasse erfolgen.</li> <li>3. Beide Maßnahmen sind in den vorrangigen Bedarf des Landesstraßenbedarfsplans aufzunehmen. Der Landesbetrieb Straßen NRW ist mit der Umsetzung des Baus und mit der Planung des dritten Abschnitts der L 239 zu beauftragen.</li> </ol> <u>Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:</u> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der Kreistag fordert die Landesregierung bzw. den Landesbetrieb Straßen.NRW auf, die Planungen für den Ausbau der L 239 auf der bisherigen Trasse dem Kreistag sowie den Bürgerinnen und Bürgern vorzustellen. Hierbei ist auch darzustellen, ob und inwieweit Planungsrecht für diese erhaltungsorientierten Baumaßnahmen auf der bestehenden Trasse hergestellt werden muss.</li> </ol>	Auf Wunsch der politischen Gremien wurde am 25.02.2013 ein Ortstermin an der L 239 mit Mitgliedern des Bau- und Planungsausschusses durchgeführt.  Zudem haben zwei Vertreter des Landesbetriebs Straßen NRW in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses über die seitens des Landes NRW geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit der L 239 berichtet.  Aufgrund von weiterem Beratungsbedarf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde die weitere Diskussion und Abstimmung über die beiden Anträge der Fraktionen in die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 16.05.2013 vertagt.	


		<p>2. Der Kreistag begrüßt, dass der Ausbau der Landesstraße 239 sich im geltenden Bauprogramm für die Landesstraßen befindet. Damit hat die Landesregierung die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Bauausführung auf der bestehenden Trasse geschaffen.</p> <p>3. Der Kreistag begrüßt das aktive Handeln der Landesregierung, da mit der Bauausführung für die erhaltungsorientierte Instandsetzung der bestehenden Trasse nach Vorliegen der Detailplanung unmittelbar begonnen werden kann. Damit wird die jahrelange Hängepartie bei der L 239 endlich beendet.</p> <p>Die beiden Anträge wurden in den Bau- und Planungsausschuss verwiesen. Zur Sitzung soll ein Vertreter von Straßen NRW eingeladen werden.</p>		
--	--	--	--	--


Datum der Sitzung	TOP / Betreff	Beschluss / Auftrag	Stand der Ausführung mit kurzer Begründung	
<b>Fortschreibung der offenen Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge aus Vorjahren</b>				
Kreisausschuss 08.03.2010	Haushalt 2010: Konzeption zur Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung (Antrag FDP-Fraktion)	Die Verwaltung wird mit der Vorlage einer Konzeption für die Einführung einer Kosten-Leistungsrechnung für die Kreisverwaltung beauftragt. Die Konzeption soll dem Kreisausschuss vorgelegt werden. Von Interesse sind insbesondere der beabsichtigte Umfang der gegebenenfalls sukzessiven Einführung, der angestrebte Detaillierungsgrad und der geplante Zeithorizont.	<p>In der Sitzung des Kreisausschusses vom 09.06.2011 wurde die Grobkonzeption zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung vorgestellt. Im Kreisausschuss soll einmal jährlich über den Fortschritt der Einführung berichtet werden.</p> <p>In der Sitzung des Kreisausschusses vom 06.10.2011 wurde auf Antrag der FDP-Fraktion beschlossen, im Zuge der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in Bezug auf die Leistungen der Kreisverwaltung mitzuerheben, ob diese dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich feststehen, nur dem Grunde nach Pflichtaufgaben sind oder komplett freiwillige Leistungen darstellen. Zudem soll jeweils die konkrete Rechtsgrundlage genannt werden.</p> <p>In der Sitzung des Kreisausschusses vom 18.06.2012 wurde über den aktuellen Stand zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung informiert und die Verwaltung beauftragt, den Kreisausschuss fortlaufend über die weitere Entwicklung zu informieren sowie bis zur ersten Sitzung des Kreisausschusses im Jahr 2013 einen konkreten Zeit- und Maßnahmenplan vorzulegen.</p> <p>Im Rahmen des Stellenplans 2013 ist eine Stelle für den Bereich der Kosten- und Leistungsrechnung vorgesehen. Da der Haushalt des Kreises noch durch die Bezirksregierung genehmigt werden muss und diese zusätzliche Stelle zudem dem Deckelungsbeschluss unterliegt, wird die Besetzung vermutlich erst im Jahr 2014 erfolgen.</p>	


Datum der Sitzung	TOP / Betreff	Beschluss / Auftrag	Stand der Ausführung mit kurzer Begründung	
<b>Fortschreibung der offenen Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge aus Vorjahren</b>				
<p>Kreistag 22.03.2010</p>	<p>Studium der Wirtschaftsinformatik - Pilotprojekt parallel zur Berufsausbildung am Berufskolleg Hilden hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 08.03.2010</p>	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, im Benehmen mit der FOM-Neuss zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen ein Studium der Wirtschaftsinformatik machbar ist und wie die Finanzierung für die Auszubildenden dargestellt werden kann. Die weitere Beratung der Prüfungsergebnisse soll im zuständigen Fachausschuss erfolgen.</p>	<p>Eine Ersteinschätzung erfolgte im Ausschuss für Schule und Kultur am 13.09.2010: Es sind zahlreiche Einzelaspekte zu untersuchen (Verwaltung hat dazu nicht die erforderlichen Kompetenzen und Kapazitäten). Zudem müsste ein Gutachten in Ergänzung zur Zukunftsplanung Berufskollegs in Auftrag gegeben werden (Mittel stehen nicht zur Verfügung).</p> <p>In der Sitzung des Kreisausschusses vom 08.03.2011 wurde zugesichert, dass die Verwaltung in Ausführung des Kreistagsbeschlusses weiter prüfen werde, ob und unter welchen Bedingungen ein Studium der Wirtschaftsinformatik machbar sei; allerdings sollte die Schulentwicklungsplanung dafür abgeschlossen sein.</p> <p>Am 21.09.2011 fand ein intensives Beratungsgespräch zu diesem Thema bei der Schulaufsicht der Bezirksregierung Düsseldorf statt. Sowohl das Berufskolleg Hilden, als auch andere Berufskollegs haben inzwischen Kooperationen mit Hochschulen abgeschlossen oder bereiten dies vor. Die Auswahl des Kooperationspartners ist schulische Angelegenheit. Der Landrat hat die Berufskolleg-Leitungen mit Schreiben vom 20.01.2012 aufgerufen, sich um Kooperationen zu bemühen. Die Verwaltung wird dem Ausschuss für Schule und Kultur im Laufe des Jahres 2013 einen Sachstandsbericht vorlegen.</p>	

Datum der Sitzung	TOP / Betreff	Beschluss / Auftrag	Stand der Ausführung mit kurzer Begründung	
<b>Fortschreibung der offenen Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge aus Vorjahren</b>				
<p>Kreistag 28.03.2011</p>	<p>Erhöhung der Personalkapazitäten im Jobcenter ME-aktiv 2011</p>	<p>Für das Jobcenter ME-aktiv besteht ein Mehrbedarf von bis zu 90 Stellen. In diesem Zusammenhang bittet KA Völker darum zu prüfen, inwieweit rechtliche Möglichkeiten bestehen, die zusätzlichen Stellen nicht zu besetzen.</p>	<p>Die Thematik der Erhöhung von Personalkapazitäten im Jobcenter wurde inzwischen in einem Prüfbericht der Bundesagentur für Arbeit (zur Aufbau- und Ablauforganisation im Jobcenter) aufgenommen. Der Bericht wird zurzeit in den interkommunalen Dialog eingebracht. Zudem werden die Aspekte der künftigen Ausrichtung des Jobcenters zur Beratung in den politischen Gremien vorbereitet.</p> <p>Der Kreistag hat sich in seiner Sitzung vom 28.06.2012 dafür ausgesprochen, künftig nur noch fünf Geschäftsstellen des Jobcenters einzurichten und diese möglichst an die bestehenden Geschäftsstellen der Arbeitsagentur (Ratingen, Mettmann, Velbert, Hilden und Langenfeld) anzubinden. Die Trägerversammlung hat in ihrer Sitzung vom 04.07.2012 diese Empfehlung unterstützt.</p>	
<p>Kreisausschuss 09.06.2011</p>	<p>Erarbeitung einer Agenda zur Inklusion hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 16.05.2011</p>	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, eine Agenda zur Inklusion zu erarbeiten. Die bisher schon begonnene schulische Inklusion ist zu berücksichtigen bzw. in diese Agenda einzuarbeiten. Mit den Städten ist abzustimmen, welche städtischen Maßnahmen der Unterstützung des Kreises bedürfen.</p>	<p>Die Projektgruppe tagt regelmäßig. Problematisch ist, dass der Landesaktionsplan noch immer nicht vorliegt und somit die Rahmenbedingungen noch nicht feststehen. Die Netzwerkarbeit (Gespräche mit Behindertenbeauftragten, Institutionen und Trägern der Behindertenhilfe, Vereinen und Verbänden, dem LVR und den ka Städten) ist erfolgt. Eine virtuelle Kontaktstelle im Internet des Kreises Mettmann ist eingerichtet. Ein Fragebogen zur Inklusion wurde an Betroffene und die Interessenverbände versandt. Die ka Städte haben Unterstützungsbedarf artikuliert und - nach Veröffentlichung des Landesaktionsplanes - eine Aufbereitung der Thematik im Arbeitskreis „Kreisentwicklung extern“ vorgeschlagen.</p> <p>Die Projektgruppe hat sowohl eine Vielzahl ex-</p>	

			<p>terner Stellen als auch alle Fachbereiche der Verwaltung beteiligt. Dieses Verfahren ist abgeschlossen. Eingebracht wurden insgesamt 115 Maßnahmevorschläge aus den Ämtern, über die virtuelle Kontaktstelle im Internet oder Rückläufer der Fragebogen an Behindertenbeauftragte, Betroffene und Interessenverbände. Eine vollständige Datenbank aller Kreisgebäude mit dem IST-Zustand und den im Hinblick auf Barrierefreiheit zu behebenden Mängeln wurde angelegt. Sämtliche Maßnahmevorschläge werden bis März 2013 in den Ämtern auf Plausibilität, Kosten und Umsetzbarkeit geprüft.</p> <p>Die Aufbereitung aller Informationen und Daten durch die Projektgruppe wird voraussichtlich im März/April 2013 abgeschlossen sein. Ein erster Entwurf mit Eckpunkten und Maßnahmevorschlägen wird voraussichtlich in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Sport im Mai 2013 vorgestellt werden können.</p> <p>Am 21.03.2013 wird eine allgemeine Informationsveranstaltung für den Ausschuss für Gesundheit und Sport sowie interessierte Mitglieder der Fraktionen und anderer Ausschüsse zum Thema Inklusion durchgeführt. Hier soll das Thema Inklusion im Allgemeinen diskutiert und der aktuelle Sachstand der Projektgruppe vorgestellt werden.</p> <p>Das Thema Inklusion war im Jahr 2012 Gegenstand mehrerer gemeinsamer Besprechungen mit den kreisangehörigen Städten. Am 20.11.2012 fand im Rahmen des Arbeitskreises Kreisentwicklung extern ein Inklusionsnachmittag mit den Städten unter Moderation des ZPE der Universität Siegen statt. Die Projektgruppe hat die Arbeit dort präsentiert und den Teilnehmern angeboten, bei städtischen Maßnahmen zur Inklusion zu unterstützen. Zwei Städte haben bereits Interesse an der Projektarbeit des Kreises signalisiert. Die Kommunen prüfen derzeit, wie sie sich positionieren. Anschließend wird die erforderliche Zuständigkeitsabgrenzung im Rahmen der Schnittstellenanalyse diskutiert.</p>	
--	--	--	---	--

Datum der Sitzung	TOP / Betreff	Beschluss / Auftrag	Stand der Ausführung mit kurzer Begründung	
<b>Fortschreibung der offenen Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge aus Vorjahren</b>				
Kreistag 15.12.2012	Grundstücksangelegenheiten	Der Landrat wird beauftragt, bis Mitte 2012 eine Konzeption vorzulegen, wie die Grundstücke sowie das nähere Umfeld genutzt und gestaltet werden können.	<p>Die Grundkonzeption wird zurzeit erarbeitet und zur Vorlage in der zweiten Jahreshälfte vorbereitet.</p> <p>In der Sitzung der Interfraktionellen Runde vom 06.09.2012 teilte Landrat Hendele mit, dass die Verhandlungen über den Sommer ausgesetzt wurden und wieder aufgenommen werden. Über das Ergebnis soll die Interfraktionelle Runde bzw. der Kreistag informiert werden.</p> <p>Für den Masterplan Neandertal wird zurzeit ein neues Umsetzungskonzept entwickelt. In das Umsetzungskonzept, das ein Augenmerk auf Talzentrum und Museumsumfeld legen wird, wird auch die Klärung der damit verbundenen Grundstücksfragen integriert. Die Grundzüge des Umsetzungskonzeptes liegen heute zur Beschlussfassung vor. – Auf der Basis des Konzeptes werden die Gespräche über Grundstücksangelegenheiten wieder intensiviert.</p>	

 = nicht umgesetzt

 = noch in Bearbeitung